

Deutscher Bundestag - Stenografischer Dienst -

Telefax-Nr.: 36178, 36179, 36180

Telefon-Nr.: 31596

Amtsvorwahl: 227-

Dr. Erik Schweickert (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Lay, Sie haben den breiten Dialog, der angeblich fehlt, angemahnt. Ich weiß nicht, wie man es noch breiter machen kann, als im Internet rechtzeitig alle Gutachten zu veröffentlichen und eine Plattform einzurichten. Wir haben auch gesagt: Wir werden eine Anhörung machen, aber erst dann, wenn der Gesetzentwurf vorliegt.

(Zuruf von der SPD: Es liegt doch einer vor!)

Wenn Sie sich jetzt hinstellen, Frau Drobinski-Weiß, und sagen, Sie seien heute Mittag nicht eingeladen gewesen, erwidere ich darauf: Herzliche Grüße zurück! Die SPD und die Grünen haben uns damals auch nicht eingeladen. - Wir haben die Opposition nicht eingeladen, aber wir haben Fachleute eingeladen, die das aus ihrer Sicht bewerten, und zwar das komplette Spektrum vom vzbv über die Umwelthilfe bis zu anderen Verbänden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU - Ulrich Kelber
(SPD): Sie waren vom Ministerium eingeladen? Ich denke, das war ein Ministeriumsgespräch!)

- Herr Kelber, hat Sie Ihre Fraktion nicht reden lassen?

(Ulrich Kelber (SPD): Wenn das das einzige Argument ist! Ich dachte, das war ein Ministeriumsgespräch! Und dazu waren Sie eingeladen?)

- Man hört die Zwischenfragen nicht.

Dieses Verbraucherinformationsgesetz gibt es jetzt seit zwei Jahren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Schweickert, gestatten Sie die Zwischenfrage der Kollegin Binder?

Dr. Erik Schweickert (FDP):

Ja, klar, gerne.

(Ulrich Kelber (SPD): Das ist ja interessant! Die FDP ist zu einem Ministeriumsgespräch eingeladen!)

Karin Binder (DIE LINKE):

Herr Kollege Schweickert, gestatten Sie die Frage, ob dies der Ersatz für ein parlamentarisches Verfahren war, in dem in einer offiziellen Anhörung des Ausschusses alle zuständigen Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker diese Ergüsse der Fachwelt hätten zur Kenntnis nehmen können. Das kann es nicht sein, oder?

Dr. Erik Schweickert (FDP):

Liebe Kollegin Binder, wir haben gerade dargestellt, dass es eigentlich keinen breiteren Weg gibt, dieses Gesetz zu diskutieren. Dazu werden wir alle Möglichkeiten nutzen, als einzelne Fraktion und als Regierungskoalition: Das Ministerium lädt zu Terminen ein, man macht eine Homepage, man sucht den Dialog mit den Betroffenen, man hat die Gutachten vorliegen. Somit besteht jede Möglichkeit, sich daraus zu informieren. Ich habe Ihnen vorher gesagt, dass wir selbstverständlich eine Anhörung machen werden, wenn der Gesetzentwurf vorliegt.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es! In dieser Reihenfolge!)

Aber dazu muss man eben erst einmal wissen, womit man sich auseinandersetzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dazu gehört, dass man einfach auch einmal zur Kenntnis nimmt, dass das Verbraucherinformationsgesetz, liebe Frau Binder, ein paar Punkte enthält, bei denen auch wir sagen: Da kann man noch etwas verbessern. Insofern sind wir im grundsätzlichen Anliegen bei Ihnen. Wir wollen zum Beispiel, dass der Verbraucher noch mehr Transparenz erhält. Was ist denn geschehen? Proaktive Transparenz wurde erreicht. Insbesondere im Lebensmittelbereich gab es erfreuliche, positive Entwicklungen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Schweickert, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, dieses Mal von der Kollegin Maisch?

Dr. Erik Schweickert (FDP):

Sehr gerne.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, Herr Schweickert, dass Sie mir die Möglichkeit geben, zu fragen. - Ich hätte noch eine Nachfrage zu diesem Gespräch. Sie sind kein Mitglied der Bundesregierung, obwohl Sie ja sehr fähig sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP -
Ulrich Kelber (SPD): Das ist ein Ausschlussgrund für
die Regierung!)

Warum waren Sie als Parlamentarier geladen, und woher hatten Sie die
Einladung? Warum hatten wir als Mitglieder der Oppositionsfraktionen keine?

Dr. Erik Schweickert (FDP):

Ich kann Ihnen nicht sagen, auf welchem Weg die Einladung kam. Ich kann
Ihnen nur sagen, dass ich eine Einladung zu diesem Gespräch hatte, wie
viele andere Verbände auch.

(Ulrich Kelber (SPD): Ist die FDP jetzt ein Verband?)

Wir sind zu diesem Gespräch gegangen, um uns anzuhören, wie die
Meinungen sind. Wenn Sie zu den Formalitäten der Einladung Fragen
haben, dann müssen Sie diese den Einladern stellen. Da ich nicht der
Einlader war, kann ich Ihnen, Frau Kollegin Maisch, das leider nicht
beantworten.

(Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der
Einlader ist gerade weg!)

Es gibt laut Gutachten auch Schwächen. 487 Anfragen wurden
gestellt, allerdings nur ein Bruchteil davon von Privatpersonen. Dazu muss
ich sagen: Es ist ein Verbraucherinformationsgesetz und kein
Verbändeeinrichtungsgesetz. Es ist sicherlich eine Schwäche, dass wir in
diesem Bereich nicht mehr Anfragen haben.

Ich habe mich gefragt: Warum ist dies so? Was können wir
verbessern? Vielleicht ist es etwas zu kompliziert, zu intransparent oder zu

bürokratisch. Wir mussten in diesem Zusammenhang auch feststellen, dass die Kosten und Gebühren vor der Anfrage nur eingeschränkt abschätzbar sind. Das ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Einen einheitlichen Gebührenkatalog gibt es leider nicht.

Auch halte ich das Gesetz für nur bedingt alltagstauglich: Wenn ich morgen Mittag in einer Dönerbude etwas essen möchte, dann will ich, wenn ich vor dem Laden stehe, wissen, ob ich unbeschwert hineingehen kann, und möchte nicht erst eine Anfrage stellen, um dann nach zwei Monaten zu wissen, ob ich ohne Sorge hineingehen kann oder nicht. Dann bin ich wahrscheinlich verhungert. Ein paar Punkte sind mir also etwas zu stark formalisiert.

Der Flickenteppich, bestehend aus Umweltinformationsgesetz, Verbraucherinformationsgesetz und Informationsfreiheitsgesetz, führt dazu, dass wir zu viele unterschiedliche Regelungen haben, was teilweise zur Folge haben kann, dass eine Anfrage nicht beantwortet wird.

Zu diesen Hauptmängeln kommen vielleicht noch ein paar kleine Hindernisse hinzu. Zu diesem Ergebnis kommen die Gutachten. Wir als Koalition haben gesagt: Wir wollen dies verbessern. Das heißt für mich, aus den Kritikpunkten zu lernen und klar zu sagen: Es muss eine einheitliche Gebührenordnung geben. Der Auskunftersuchende muss vorher wissen, was ihn seine Anfrage kostet, und dann kann er sich entscheiden, ob er sie stellt oder nicht. Ich hoffe, dass dieses Instrument dann von mehr Privatpersonen und weniger von den Verbänden genutzt wird.

Zum Zweiten haben wir als christlich-liberale Koalition in unserem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir den Flickenteppich beseitigen und die drei Gesetze, das Umweltinformationsgesetz, das

Informationsfreiheitsgesetz und das Verbraucherinformationsgesetz, zusammenführen. Durch diese Zusammenführung - das hat die Kollegin Lay vorhin angesprochen - würde die Forderung, die wir erhoben haben und immer noch erheben - wir wünschen uns eine Ausdehnung des VIG, zum Beispiel auf Finanzdienstleistungen -, obsolet, weil es nach dem Informationsfreiheitsgesetz die Möglichkeit gibt, an bestimmte Informationen heranzukommen.

Uns geht es darum, eine schnelle Orientierung für den Verbraucher zu ermöglichen. Das könnte zum Beispiel das Smiley-System für Gaststätten nach dänischem Vorbild sein. Damit kann man positive Anreize für mehr Hygiene, mehr Transparenz und mehr Verbraucherschutz schaffen, ohne dabei die Unternehmen mit zu viel Bürokratie zu belasten.

Dabei ist natürlich auch wichtig - so fair muss jeder sein, der diese Forderung erhebt -, den Bereich der Lebensmittelkontrolle zum einen personell und zum anderen technisch in die Situation zu versetzen, dies auch umsetzen zu können. Schauen Sie sich einmal an, wie das in Dänemark funktioniert: Da bekommt man sofort einen Ausdruck. Man weiß sofort, welche Hygienemängel auf der Toilette oder sonst wo zu einer Abstufung geführt haben. - Wenn wir so vorgehen wollen, dann müssen wir das auch sagen und dazu stehen.

Freiwillige Qualitätssiegel in anderen Wirtschaftsbereichen könnten in dieser Hinsicht das Ihrige dazu beitragen.

Bei aller notwendigen Verbraucherinformation - das sage ich bezüglich der Anträge der Grünen und der Linken - muss gewährleistet sein, dass Unternehmen ihre Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse wahren können. Wir sind ganz klar gegen eine Ausweitung der Informationspflichten

von Unternehmen, weil wir der Meinung sind, dass dies zu einer bürokratischen Überfrachtung insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen führen würde. Die Unternehmen sind schon nach heutiger Gesetzeslage dazu verpflichtet, den Behörden Auskunft zu geben. Wenn jetzt aber jeder Pizzabäcker bei jeder Anfrage sagen muss, woraus sich seine Pizza zusammensetzt, dann muss er jemanden einstellen, der nur diese Anfragen bearbeitet.

(Elvira Drobinski-Weiß (SPD): So ist das ja nicht gemeint! Durch Wiederholungen wird es auch nicht besser!)

Das kann ja nicht sein. Die Evaluierungen haben uns gezeigt, dass in einigen Behörden Leute eingestellt werden mussten, um Fragenkataloge mit mehr als 100 Fragen abzuarbeiten.

(Ulrich Kelber (SPD): Das müsste man verbieten!)

- Herr Kelber, wenn Sie fordern, dies auf die Unternehmen auszudehnen, dann verabschiedet sich die SPD

(Elvira Drobinski-Weiß (SPD): Die nicht! Die verabschiedet sich nicht!)

von einer Partei, die sich auch darüber Gedanken macht, ob die Wirtschaft so etwas schultern kann oder nicht.

(Beifall bei der FDP - Ulrich Kelber (SPD): Ich glaube, Sie sollten sich einmal über Ihre Werte Gedanken machen, nicht wir!)

Ich komme zum Schluss. Mehr Transparenz statt mehr Bürokratie, einfache, aber dafür für den Verbraucher verständliche, niedrighschwellige

und im Alltag anwendbare Informationen - dafür stehen wir als FDP in der christlich-liberalen Koalition. Wir werden uns dafür gemeinsam einsetzen und entsprechend an der Novellierung des VIG arbeiten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)